SASCHA VAN BEEK MITGLIED DES BUNDESTAGES

Newsletter

September 2026

Sascha van Beek MdB

LIEBE BÜRGERINNEN UND BÜRGER, LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

der Sommer ist vorbei, und in Berlin hat das parlamentarische Leben wieder begonnen. Die Sitzungswochen sind voll und die Tagesordnungen lang. Die Erwartungen an uns sind zu Recht hoch.

Bevor ich auf die Lage in Berlin eingehe, möchte ich auf einen Sommer zurückblicken, der mir viel gegeben hat. Bei Terminen und meiner Wahlkreistour durfte ich vielen Menschen begegnen, die mit Herzblut und Ideen unsere Heimat voranbringen. Ein besonderer Schwerpunkt lag dabei auf dem Tourismus am Niederrhein. Ich habe Gastronomen, Hoteliers, Ehrenamtliche und Initiativen besucht, die zeigen, welches Potenzial in unserer Region steckt. Unsere Landschaft, unsere Radwege, unsere Gastfreundschaft: Der Niederrhein hat viel zu bieten, und ich werde mich weiter dafür einsetzen, dass wir dieses Potenzial noch besser nutzen.

Gleichzeitig will ich nicht drumherum reden: Die Zeiten sind schwierig. Die Ergebnisse der Landtagswahlen mit den starken Erfolgen der Rechtsextremen haben mich, wie viele von Ihnen, sehr beschäftigt. Wenn in einem Bundesland weit über ein Drittel der Wählerinnen und Wähler einer Partei ihre Stimme geben, die unsere freiheitliche Ordnung infrage stellt, dann ist das ein Alarmsignal. Es ist ein Signal an uns alle, die in der politischen Mitte Verantwortung tragen.

Nahe geht mir auch das Ergebnis hier in Berlin, der Stadt, in der ich in den Sitzungswochen lebe und arbeite. Die Linke ist stärkste Kraft geworden und könnte nun die Regierende Bürgermeisterin stellen. Das ist eine Partei, die ihr Antisemitismus-Problem bis heute nicht in den Griff bekommen hat, und das in der Stadt, in der der Holocaust geplant wurde und Jüdinnen und Juden sich ohnehin immer weniger sicher fühlen. Es ist eine Partei, die mit Enteignungen Wohnungsprobleme lösen will, obwohl dadurch keine einzige neue Wohnung entsteht, aber das Vertrauen von Investoren und Bauherren verloren geht. Unsere Hauptstadt braucht Sicherheit, Ordnung und wirtschaftliche Vernunft und keine ideologischen Experimente.

Auch für uns Politikerinnen und Politiker sind diese unruhigen Zeiten nicht leicht. Ich sage Ihnen aber auch ganz offen: Ich habe kein Patentrezept. Ich lese Ihre Zuschriften, Ihre Mails und Ihre Briefe, auch die kritischen, und gerade die kritischen nehme ich mir zu Herzen. Viele von Ihnen sind enttäuscht, manche wütend, manche einfach müde vom ständigen Streit. Ich verstehe das. Und ich mache mir Gedanken. Ich weiß, dass sich etwas ändern muss.

Was für mich aber feststeht: Wir dürfen jetzt nicht stehen bleiben. Deutschland braucht Reformen, bei der Wirtschaft, bei der Bürokratie, bei den sozialen Sicherungssystemen. Diesen Weg müssen wir weitergehen, auch wenn er unbequem ist.

Dabei kommt es aber darauf an, wie wir reformieren. In einem Gastkommentar im Handelsblatt, den ich gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen aus der Unionsfraktion unter der Überschrift „Wer nach unten tritt, bringt niemanden nach oben" verfasst habe, erinnern wir an die christlich-soziale Idee. Unser christliches Menschenbild sagt uns, dass jeder Mensch eine Würde hat, die er sich nicht erst verdienen muss. Jeder trägt Verantwortung für sich selbst und ist zugleich Teil einer Gemeinschaft, die ihn auffängt, wenn er in Not gerät, bis er wieder auf eigenen Füßen stehen kann. Genau diese Haltung muss auch unsere Reformen leiten. Wir müssen Leistung fördern und Missbrauch verhindern, ja. Aber wir gewinnen kein Vertrauen zurück, indem wir Gruppen gegeneinander ausspielen. Gerechtigkeit entsteht nicht dadurch, dass man den Schwächsten etwas wegnimmt. Und gerade diese Haltung ist auch unsere beste Antwort an die Ränder, die vom Gegeneinander leben.

Ich danke Ihnen für Ihr Vertrauen, für Ihre Begleitung und auch für Ihre Kritik. Bleiben Sie mit mir im Gespräch, denn nur gemeinsam finden wir gute Antworten.

Herzliche Grüße

Sascha van Beek

BERICHT AUS BERLIN

Umwelt schützen, Versorgung sichern:

Arzneimittelversorgung nachhaltig und zukunftssicher gestalten

Am 9. September fand unter meiner Schirmherrschaft das parlamentarische Frühstück des Centre for Planetary Health Policy zum Thema „Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges Arzneimittelwesen stärken“ statt. Gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen aus der AOK, dem Bundesamt für Umwelt sowie aus dem Apothekenbereich haben wir diskutiert, wie wir die Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges Arzneimittelwesen stärken können – und wie sich Nachhaltigkeit mit Bezahlbarkeit und Versorgungssicherheit zusammendenken lässt.

„Wir brauchen Arzneimittel, die nicht nur bezahlbar und sicher verfügbar sind, sondern auch innovativ und nachhaltig.“

Sascha van Beek

Dabei standen zwei zentrale Aspekte im Fokus: Erstens die Frage, wie sich die Herstellungsprozesse von Arzneimitteln nachhaltiger gestalten lassen. Zweitens, wie deren Anwendung umweltfreundlicher werden kann. Denn derzeit besteht das Problem, dass mehr Medikamente verkauft als tatsächlich eingenommen werden.

Um wirksam gegenzusteuern, ist eine Lebenszyklusperspektive entscheidend: von der Wirkstoffproduktion über Verpackung und Transport bis hin zu Anwendung und Entsorgung bzw. Abwasser. Maßnahmen sollten entlang dieser gesamten Kette koordiniert ansetzen – nicht isoliert an einzelnen Punkten. Darüber hinaus ist es wichtig, Lieferketten resilient und nachhaltig zu gestalten. Eine diversifizierte, auch europäische Produktion kann sowohl die Versorgungssicherheit stärken als auch – bei entsprechender Regulierung – höhere Umweltstandards gewährleisten, da EU-Standorte strengeren Umwelt- und Chemikalienauflagen unterliegen als viele Drittstaaten.

Zudem müssen Umweltrisiken stärker in Zulassungsverfahren und Arzneimittelinformationen berücksichtigt werden. Die gestärkte Umweltrisikoprüfung (ERA) setzt hier wichtige Anreize für Hersteller. Auch bei Arzneimittelrückständen an der Quelle besteht Handlungsbedarf: Notwendig sind unter anderem ein bundesweit einheitliches, kostenfreies Rücknahmesystem für Altarzneimittel sowie eine stärkere Herstellerverantwortung für Sammlung und Entsorgung.

Jetzt braucht es mehr Mut: Deutschland sollte nicht nur die günstigsten Arzneimittel bereitstellen, sondern die innovativsten, die resilientesten und die nachhaltigsten.

BERICHT AUS BERLIN

Besuch beim WHO-Hub:

Pandemie- und Epidemieprävention im digitalen Zeitalter

Am 22. September habe ich mich gemeinsam mit verschiedenen Akteuren aus dem Gesundheitswesen, der Regierung und dem Parlament im World-Health-Organisation (WHO)-Hub für Pandemie- und Epedemieaufklärung in Berlin getroffen, um mich über die Vorbereitung Deutschlands auf mögliche Pandemie- und Epidemieausbrüche auszutauschen. Der 2021 mit Unterstützung der Bundesregierung gegründete Hub hat das Ziel, Gesundheitsgefahren möglichst früh zu erkennen, Daten schneller auszuwerten und Staaten bei fundierten und schnellen Entscheidungen zu unterstützen. Mit dabei waren unter anderem Vertreter der Charité, des Robert Koch-Instituts, des Bundesministeriums für Gesundheit und Kollegen aus dem Gesundheitsausschusses.

Besonders interessant fand ich die Vorstellung, wie moderne Technologien dabei helfen können, Gesundheitsgefahren frühzeitig zu erkennen. Ein wichtiges Instrument ist dabei die Epidemic Intelligence from Open Sources Initiative (EIOS). Das System wertet große Mengen öffentlich verfügbarer Informationen aus und kann so dabei helfen, ungewöhnliche Krankheitsausbrüche und andere gesundheitliche Auffälligkeiten frühzeitig zu erkennen. Mittlerweile wird EIOS von mehr als 120 Ländern genutzt.

Wie genau diese Instrumente zum Einsatz kommen, wurde am Beispiel des aktuellen Ebola-Ausbruchs in der Demokratischen Republik Kongo deutlich gemacht. So konnte das internationale Expertennetzwerk des Hubs bereits drei Tage nach Bestätigung des Ausbruchs ein erstes Modell zum geschätzten Umfang der Ausbreitung erstellen. Gleichzeitig wurden innerhalb weniger Wochen neue Laborleitlinien und Verfahren für das Bundibugyo-Virus (ein Ebolavirus) entwickelt.

Deutlich wurde für mich auch, wie sich die internationale Pandemievorbereitung seit der Covid-19-Pandemie weiterentwickelt hat. Während zu Beginn der Corona-Pandemie Informationen vielerorts noch verzögert, zusammengetragen und ausgewertet wurden, stehen heute deutlich mehr digitale Instrumente, internationale Netzwerke und gemeinsame Analyseverfahren zur Verfügung.

Für mich wurde bei dem Besuch vor allem klar, wie wichtig es ist, aus den Erfahrungen der vergangenen Pandemie zu lernen und digitale Möglichkeiten konsequent für den Gesundheitsschutz zu nutzen. Der Austausch hat gezeigt, dass gute Vorbereitung vor allem bedeutet, Informationen frühzeitig zu erkennen, zusammenzubringen und daraus schnell die richtigen Entscheidungen abzuleiten.

BERICHT AUS BERLIN

CleanMed Berlin 2026:

Klimaschutz braucht Taten statt Tabellen

Klimaschutz hat es gerade schwer. Andere Krisen bestimmen die Schlagzeilen, auch in unseren politischen Debatten. Dabei hat dieser Sommer gezeigt, dass der Klimawandel längst bei uns angekommen ist: in überhitzten Patientenzimmern, in Pflegeheimen, bei Rettungskräften im Dauereinsatz.

Umso mehr habe ich mich über die Einladung zum Auftaktpodium der CleanMed Berlin am 28. September gefreut. Im dbb forum trafen sich rund 200 Nachhaltigkeitsverantwortliche aus Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und der Sozialwirtschaft. Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wissenschaft, Gesundheitswirtschaft, Diakonie, Finanzwelt und der Krankenhausgesellschaft ging es um eine Frage, die mich als Abgeordneten direkt betrifft: Bremst Regulierung den nachhaltigen Umbau der Branche, oder hilft sie ihm?

Klimaschutz im Gesundheitswesen darf nicht an überbordender Bürokratie scheitern – wir müssen Einrichtungen die Freiräume geben, ihre Energieeffizienz zu verbessern, Ressourcen zu schonen und in nachhaltige Lösungen zu investieren.

Klimaschutz gehört zur Versorgung

Für mich ist Klimaschutz kein Thema für nebenbei. Er hängt an Versorgungssicherheit, Kosten und Fachkräften. Ein Beispiel: Das Gesundheitswesen verursacht rund sechs Prozent der deutschen Treibhausgasemissionen, vieles davon in den Lieferketten für Arzneimittel. Die AOK hat nachgewiesen, dass an vielen Antibiotika-Standorten im Ausland viel zu viele Wirkstoffe ins Abwasser gelangen. Das fördert Resistenzen, und die kennen keine Grenzen. Was dort in den Fluss gelangt, kann hier eine Therapie wirkungslos machen. Deshalb sollten wir Produktion in Europa halten und gute Umweltstandards belohnen.

Weniger Tabellen, mehr Taten

Viel Unterstützung gab es beim Thema Berichtspflichten. Viele im Saal haben mir erzählt, dass sie in den letzten Jahren vor allem Kennzahlen gesammelt haben, oft Hunderte. Für echten Klimaschutz blieb kaum Zeit. Wer den ganzen Tag Tabellen füllt, kümmert sich nicht um die neue Heizung.

Mit dem Omnibus-Paket hat die EU gegengesteuert: Die Pflichtangaben sinken um mehr als 60 Prozent, und kleinere Einrichtungen werden vor ausufernden Datenanfragen geschützt. Jetzt braucht es Planungssicherheit.

BERICHT AUS BERLIN

Dafür setze ich mich ein: Deutschland sollte die Regeln eins zu eins umsetzen. Jeder Euro, der nicht an Berater und Prüfer geht, kann in Sanierung und Energieeinsparung fließen. Und zu viel Bürokratie kostet Akzeptanz, was am Ende nur denen nützt, die Klimaschutz ohnehin ablehnen.

„Wer weniger Zeit mit Tabellen verbringt, hat mehr Zeit für echten Klimaschutz."

Sascha van Beek

Hitzeschutz beginnt in der Nachbarschaft

In den Hitzewellen dieses Sommers sind in Deutschland viele Tausend Menschen mehr gestorben als üblich. Auf die Frage, ob Klimaschutz ins Grundgesetz gehört, habe ich ehrlich geantwortet: Die Grundlagen sind da, das Bundesverfassungsgericht hat die Schutzpflicht des Staates 2021 bestätigt. Was fehlt, ist die Umsetzung vor Ort. Dort müssen Wohlfahrtsverbände, Pflegedienste, Praxen und Apotheken zusammenarbeiten. Mich beeindrucken besonders die Hitzepatenschaften: Ehrenamtliche rufen ältere Menschen täglich an und erinnern sie ans Trinken. Ein kurzer Anruf, der Leben retten kann.

Und wenn Geld keine Rolle spielte?

Mit dieser Frage endete die Runde. Geld spielt immer eine Rolle, gerade deshalb sollten wir Nachhaltigkeit als Investition sehen. Wer Energie spart, spart Geld und ist besser auf Krisen vorbereitet. Ansätze wie den Umweltbonus der AOK bei Antibiotika möchte ich ausweiten, und Nachhaltigkeit gehört in die Ausbildung von Ärzten, Pflegekräften und Apothekern. Am Ende gilt: Das nachhaltigste Medikament ist das, das gar nicht erst gebraucht wird. Prävention ist Klimaschutz.

Danke an KLUG für die Einladung und an alle, die sich in ihren Einrichtungen jeden Tag für Nachhaltigkeit starkmachen. Ohne Sie geht es nicht.

BERICHT AUS BERLIN

Im Dialog mit dem vfa:

Starke Forschung braucht starke Rahmenbedingungen

Europa kann Forschung. Aber immer öfter werden neue Medikamente anderswo entwickelt, produziert und zuerst auf den Markt gebracht. Darüber habe ich am 7. September mit der Expertengruppe Europapolitik des Verbands Forschender Arzneimittelhersteller (vfa) am Gendarmenmarkt gesprochen. Vor Ort und digital waren Vertreterinnen und Vertreter vieler Pharmaunternehmen mit Standorten in Deutschland dabei. Die Leitfrage: Wie bleibt Europa im Wettbewerb mit den USA und China vorne, und wie kann Deutschland sich in Brüssel noch stärker einbringen?

Biotech Act: einfacher, nicht komplizierter

Mit dem European Biotech Act will die EU-Kommission die Biotechnologie stärken, von der Forschung über Studien und Zulassung bis zur Produktion. Ich habe klar gesagt: Das Gesetz ist nur dann ein Erfolg, wenn es Verfahren tatsächlich vereinfacht. Wenn klinische Studien bei uns länger dauern als anderswo, gehen Kapital, Talente und Fabriken eben dorthin.

Europa braucht verlässliche Rahmenbedingungen, die Innovation fördern, den Pharmastandort stärken und eine sichere Arzneimittelversorgung gewährleisten.

Sauberes Wasser, faire Kosten

Diskutiert wurde auch über die europäische Abwasserrichtlinie (KARL). Dass unsere Kläranlagen eine vierte Reinigungsstufe brauchen, steht für mich außer Frage. Doch nach den bisherigen Plänen sollen fast nur Pharma- und Kosmetikhersteller die Rechnung zahlen. Das ist nicht ausgewogen. Bei günstigen Generika lassen sich Mehrkosten nicht über den Preis weitergeben. Am Ende drohen mehr Lieferengpässe und noch mehr Abhängigkeit von Asien.

Ich bin nicht allein mit dieser Sorge. Im Juni hat das Europäische Parlament auf Initiative der EVP gefordert, die Umsetzung auszusetzen und die Folgen neu zu prüfen. Kurz vor unserem Treffen hat zudem die Generalanwältin am Europäischen Gerichtshof empfohlen, die einseitige Kostenübernahme für nichtig zu erklären. Wir brauchen eine faire Lastenverteilung, die Umweltschutz und Versorgungssicherheit gleichermaßen ernst nimmt.

PFAS: begrenzen, aber mit Augenmaß

Ähnlich sehe ich es bei den sogenannten Ewigkeitschemikalien PFAS. Sie belasten Umwelt und Gesundheit, ihren Einsatz zu begrenzen ist richtig. Nur sind sie in der Arzneimittelherstellung vielerorts noch nicht ersetzbar, etwa in Anlagen, Verpackungen oder Inhalatoren. Laut Branche geht es um knapp 2.000 Medikamente. Ein Verbot ohne Ausnahmen und Übergangsfristen würde nicht weniger PFAS bedeuten, sondern weniger Produktion in Europa. Importe aus Drittstaaten wären nämlich gar nicht betroffen.

Pharmapaket und nationaler Dialog

Mit dem EU-Pharmapaket steht die größte Reform des europäischen Arzneimittelrechts seit rund zwanzig Jahren. Nach der Einigung kommt es jetzt auf eine gute Umsetzung an. Zum Schluss habe ich meine Schwerpunkte für den Pharma- und Medizintechnikdialog der Bundesregierung vorgestellt, in dem bis Jahresende eine gemeinsame Strategie entsteht. Mein Anliegen: die Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung stabilisieren, ohne Innovation abzuwürgen. Beides gehört zusammen.

Danke an den vfa und alle Teilnehmenden für ein offenes, sehr kundiges Gespräch. Es hat mir einmal mehr gezeigt, wie eng Berlin und Brüssel zusammenarbeiten müssen.

BERICHT AUS BERLIN

Austausch mit CEPI:

Impfstoffe gegen die nächste Pandemie

Ebola ist zurück, und zwar heftiger als je zuvor. In der Demokratischen Republik Kongo wütet derzeit der zweitgrößte Ebola-Ausbruch, der je dokumentiert wurde. Bis Ende September wurden über 7.400 Fälle und mehr als 3.600 Todesopfer bestätigt. Noch nie sind die Fallzahlen so schnell gestiegen. Über diese Lage habe ich im September in meinem Büro mit Vertretern von CEPI gesprochen.

CEPI ist eine globale Allianz, die 2017 gegründet wurde, um Impfstoffe gegen Erreger mit Pandemiepotenzial zu entwickeln, und zwar schnell und für alle Menschen, die sie brauchen. Regierungen, Stiftungen, Wissenschaft und Unternehmen arbeiten dort zusammen. Deutschland gehört zu den wichtigsten Unterstützern: Über das Bundesforschungsministerium sind seit der Gründung rund 690 Millionen Euro geflossen. Dieses Geld kommt auch der Forschung bei uns zugute, etwa in Hamburg, Mainz, München, Leipzig oder Berlin.

Deutschland hat die Impfstoffallianz CEPI seit 2017 mit rund 690 Millionen Euro unterstützt. Mit dem Ziel, innerhalb von 100 Tagen Impfstoffe gegen neue Krankheitserreger bereitzustellen, stärkt CEPI die weltweite Pandemievorsorge.

Was CEPI leistet, hat mich beeindruckt. Während der Corona-Pandemie hat die Allianz die Impfstoffinitiative COVAX mit aufgebaut. Fast zwei Milliarden Impfdosen gingen an 146 Länder, rund 2,7 Millionen Todesfälle in ärmeren Ländern konnten so verhindert werden. Das Ziel für die Zukunft ist noch ehrgeiziger: Im Ernstfall soll innerhalb von 100 Tagen ein Impfstoff bereitstehen. Mit der neuen Strategie für 2027 bis 2031 will CEPI dafür ganze Virusfamilien in den Blick nehmen, statt erst zu reagieren, wenn ein Erreger schon da ist.

Im Kongo zeigt sich gerade, warum das so wichtig ist. CEPI arbeitet an mehreren Impfstoffkandidaten gegen das Bundibugyo-Ebolavirus, einer davon wird gemeinsam mit dem Berliner Unternehmen ProBioGen entwickelt. Zusammen mit der WHO, Africa CDC, dem Roten Kreuz, Ärzte ohne Grenzen und dem kongolesischen Forschungsinstitut INRB wird eine klinische Studie direkt vor Ort vorbereitet.

Was mir Sorgen macht: Für diese Studie fehlen noch 128 Millionen US-Dollar. Das ist viel Geld. Aber jeder Tag, den ein Impfstoff früher verfügbar ist, rettet Menschenleben, im Kongo und darüber hinaus. Denn Epidemien halten sich nicht an Grenzen. Gesundheitsvorsorge in anderen Teilen der Welt ist immer auch Schutz für uns in Deutschland.

Ich danke dem CEPI-Team für das offene und sehr informative Gespräch. Ich werde mich weiter dafür einsetzen, dass Deutschland ein verlässlicher Partner in der globalen Pandemievorsorge bleibt.

BERICHT AUS BERLIN

Schülerinnen und Schüler aus Kamp-Lintfort, Schermbeck und Xanten zu Besuch im Bundestag

Im vergangenen Monat durfte ich Schülerinnen und Schüler der UNESCO-Schule Kamp-Lintfort, der Gesamtschule Schermbeck und der Marienschule Xanten im Deutschen Bundestag begrüßen.

In offenen und abwechslungsreichen Fragerunden gab ich den Jugendlichen einen Einblick in meine Arbeit als Bundestagsabgeordneter. Dabei hatten sie die Gelegenheit, ihre Fragen direkt an mich zu richten und auch kritisch nachzuhaken.

Die Schülerinnen und Schüler hatten viele interessante Fragen im Gepäck: zu meinem politischen Alltag, den Aufgaben eines Bundestagsabgeordneten und dem Umgang mit unterschiedlichen Interessen innerhalb der eigenen Partei. Auch darüber, wie politische Entscheidungen entstehen und verschiedene Positionen miteinander in Einklang gebracht werden können, haben wir gesprochen.

Es freut mich, wenn junge Menschen sich für Politik interessieren, kritisch nachfragen und sich mit unserer Demokratie auseinandersetzen. Der direkte Austausch mit ihnen ist mir wichtig, denn ihre Fragen, Perspektiven und Ideen bereichern die politische Diskussion.

Ich freue mich auf die Besuche weiterer Schulklassen aus meinem Wahlkreis und auf spannende Gespräche über die politischen Themen, die die Jugendlichen bewegen.

Bundestag hautnah erleben: Jetzt Schulklassen anmelden!

Ich lade Schulklassen herzlich nach Berlin ein! Auf dem Programm stehen spannende Einblicke in den Bundestag, ein Besuch der Reichstagskuppel und ein persönliches Gespräch mit mir. Ein Fahrtkostenzuschuss ist bei Verfügbarkeit möglich.

*Weitere Infos im Wahlkreisbüro Wesel unter **0281 47579570.***

AUS DEM WAHLKREIS

„Politik trifft Medizin":

Was der Bund von NRW lernen kann

Wie verändert die Krankenhausreform die Versorgung vor Ort? Darüber habe ich am 30. September bei „Politik trifft Medizin“ in Kamp-Lintfort gesprochen. Mein Vortrag stand unter der Frage: Krankenhausreform im Bund, ist NRW das Vorbild?

Meine Antwort: ja, aber nicht als Blaupause. NRW hat als erstes Land gezeigt, dass man Krankenhäuser nach Leistung, Qualität und Bedarf planen kann statt nach Bettenzahlen. Und zwar im Konsens mit Kliniken, Kassen und Kammern, nicht gegen sie. Der Bund hat dieses Prinzip übernommen. Eins zu eins übertragen ließ es sich aber nicht. Wo im Ruhrgebiet mehrere Kliniken auf engem Raum dasselbe anbieten, bringt Bündelung echte Qualität. In Mecklenburg-Vorpommern oder Brandenburg geht es dagegen oft um das einzige Krankenhaus weit und breit. Deshalb war es richtig, mit dem Anpassungsgesetz mehr Spielraum für die Länder zu schaffen. Der Grundsatz lautet jetzt: Kooperation vor Ausnahme.

„Eine erfolgreiche Krankenhausreform braucht klare Qualitätsstandards, mehr Zusammenarbeit zwischen den Kliniken und genügend Flexibilität, um eine gute medizinische Versorgung auch im ländlichen Raum sicherzustellen.“

Sascha van Beek

Wie das konkret aussieht, zeigt das Zentrum für Viszeralmedizin Rheinland. Mehrere Häuser der St. Franziskus-Stiftung haben sich zusammengeschlossen, vom städtischen Rheinland bis zum ländlichen Niederrhein. Komplexe Eingriffe an Bauchspeicheldrüse und Magen werden an spezialisierten Zentren gebündelt, mit moderner Diagnostik, Künstlicher Intelligenz und robotergestützter Chirurgie. Die Grund- und Notfallversorgung bleibt in der Fläche. Kleinere Standorte werden so gesichert statt geschlossen. Mich überzeugt besonders, dass hier auch an den Nachwuchs gedacht wird: Junge Ärztinnen und Ärzte rotieren im Verbund und bekommen so eine vollständige Weiterbildung, die ein einzelnes Haus allein oft nicht mehr bieten kann.

Wie dringend solche Lösungen sind, zeigen die Zahlen. 2024 schrieb die Hälfte der Kliniken Verluste. Wenn wir nicht planen und kooperieren, bereinigt sich die Krankenhauslandschaft über Insolvenzen. Das trifft nach Zufall, nicht nach Bedarf, und oft gerade den ländlichen Raum.

Damit Verbünde wie im Rheinland Schule machen, brauchen sie drei Dinge: Planungssicherheit, eine faire Finanzierung der Vorhaltung und eine verlässliche rechtliche und finanzielle Grundlage für Weiterbildungsverbünde. Dafür setze ich mich in Berlin ein.

Herzlichen Dank an alle, die diesen offenen Austausch möglich gemacht haben, und an alle, die die Reform vor Ort jeden Tag mit Leben füllen.

AUS DEM WAHLKREIS

Demokratie erleben:

Bundestagsausstellung zu Gast im Klausenhof

Wie funktioniert der Deutsche Bundestag, und welche Aufgaben haben seine Abgeordneten? Die Wanderausstellung des Deutschen Bundestages war zu Gast in der Akademie Klausenhof in Hamminkeln und bot eine anschauliche Gelegenheit, unsere parlamentarische Demokratie näher kennenzulernen.

„Demokratie lebt vom Mitmachen und vom Austausch. Umso wichtiger ist es, jungen Menschen Politik näherzubringen, ihre Fragen ernst zu nehmen und ihnen zu zeigen, wie sie unsere Gesellschaft aktiv mitgestalten können.

Sascha van Beek

Ich durfte mehrere Schülergruppen durch die Ausstellung begleiten und mit ihnen über meine Arbeit als Bundestagsabgeordneter ins Gespräch kommen. Besonders gefreut haben mich das große Interesse und die gute Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler. Ihre Fragen und Beiträge machten die Führungen zu einem lebendigen Austausch und zeigten, wie aufmerksam sich junge Menschen mit Politik und unserem demokratischen Zusammenleben beschäftigen.

Solche Begegnungen sind für mich ein wichtiger Teil der Demokratiebildung. Demokratie lebt davon, dass Menschen ihre Rechte kennen, politische Entscheidungen hinterfragen und sich selbst einbringen. Gerade junge Menschen brauchen Gelegenheiten, Politik unmittelbar zu erleben und ihre Fragen direkt an diejenigen zu richten, die Verantwortung tragen.

Die Ausstellung im Klausenhof hat hierfür einen wertvollen Raum geschaffen. Mein herzlicher Dank gilt allen Beteiligten, die diesen Austausch ermöglicht haben und besonders den Schülerinnen und Schülern für ihre Neugier und die anregenden Gespräche.

AUS DEM WAHLKREIS

Bei der Feuerwehr in Labbeck:

Gemeinsam aus dem Waldbrandeinsatz lernen

Der große Waldbrand im Tüschenwald bei Sonsbeck-Labbeck am 14. August hat unsere Einsatzkräfte vor besondere Herausforderungen gestellt. Rund 11,5 Hektar Wald waren betroffen, mehr als 200 Einsatzkräfte bekämpften das Feuer und übernahmen die anschließenden Nachlöscharbeiten. Dass niemand verletzt wurde, ist der professionellen Arbeit der Feuerwehren und Hilfsorganisationen zu verdanken.

Gemeinsam mit der Landtagsabgeordneten Charlotte Quik habe ich mich mit Kreisbrandmeister Markus Janßen und Verantwortlichen der Feuerwehr Sonsbeck darüber ausgetauscht, welche Erfahrungen aus diesem Einsatz für die Zukunft genutzt werden können. Dabei ging es um die frühzeitige Branderkennung durch das FireWatch-System, die Zusammenarbeit über Kreisgrenzen hinweg und die Waldbrandprävention. Befahrbare Waldwege, ausreichend Löschwasser und eine enge Abstimmung zwischen Forst und Feuerwehr sind wichtige Voraussetzungen, um im Ernstfall schnell handeln zu können.

Mehr als 200 Einsatzkräfte bekämpften den Waldbrand in Sonsbeck-Labbeck. Das Engagement zeigt, wie wichtig gute Ausstattung, starke Zusammenarbeit und verlässlicher Katastrophenschutz sind.

Auch die Unterstützung durch Landwirte und andere private Helfer war Thema unseres Gesprächs. Wir wollen prüfen, wie verfügbare Fahrzeuge und Geräte künftig bereits im Vorfeld digital erfasst und bei Bedarf gezielt angefordert werden können. Damit ließe sich diese wertvolle Hilfe noch besser koordinieren und sicher in die Einsatzabläufe einbinden.

Besonders wichtig war mir der persönliche Dank an die Einsatzkräfte. Wer unter schwierigen Bedingungen gegen einen Waldbrand kämpft, übernimmt große Verantwortung und setzt die eigene Gesundheit aufs Spiel. Dieses Engagement verdient unsere Anerkennung und verlässliche Unterstützung. Neben den hauptamtlichen Einsatzkräften leisten auch die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Sicherheit. Die Erfahrungen aus Labbeck sind für uns deshalb ein Auftrag, bewährte Strukturen zu stärken und den Brand- und Katastrophenschutz gemeinsam mit den Verantwortlichen vor Ort weiterzuentwickeln.

AUS DEM WAHLKREIS

Im Austausch mit der Caritas Moers-Xanten:

Soziale Einrichtungen stärken, Zusammenhalt sichern

Bei meinem Besuch bei der Caritas Moers-Xanten habe ich mich intensiv über die aktuellen Herausforderungen sozialer Einrichtungen ausgetauscht. Im Mittelpunkt standen insbesondere die Entwicklungen in der Pflege sowie in der Kinder- und Jugendhilfe.

Die Vertreterinnen und Vertreter der Caritas haben mir sehr anschaulich geschildert, welche Auswirkungen politische und gesetzliche Entscheidungen ganz konkret auf die tägliche Arbeit vor Ort haben können. Gerade im Bereich der Pflege ging es dabei unter anderem um die Frage, wie tariflich vereinbarte Vergütungen künftig verlässlich refinanziert werden können. Denn gute Pflege braucht nicht nur engagierte Beschäftigte, sondern auch Rahmenbedingungen, die eine dauerhaft verlässliche Versorgung ermöglichen.

„Gute Pflege und starke soziale Einrichtungen brauchen verlässliche Rahmenbedingungen und eine Politik, die den Menschen vor Ort zuhört.“

Sascha van Beek

Auch die Situation in der Kinder- und Jugendhilfe war ein wichtiger Bestandteil unseres Gesprächs. Hier wurde deutlich, vor welchen zunehmenden Herausforderungen Einrichtungen, Familien sowie Kinder und Jugendliche stehen.

Für meine parlamentarische Arbeit sind solche Gespräche besonders wertvoll. Gesetzliche Regelungen müssen sich am Ende in der Praxis bewähren. Deshalb ist es mir wichtig, mit denjenigen im engen Austausch zu bleiben, die tagtäglich Verantwortung übernehmen und unmittelbar erleben, wo politische Entscheidungen funktionieren und wo nachgebessert werden muss.

Einrichtungen wie die Caritas leisten einen unverzichtbaren Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie unterstützen Menschen in schwierigen Lebenslagen, begleiten Familien und Pflegebedürftige und übernehmen damit wichtige Aufgaben für unsere Gesellschaft. Umso wichtiger ist es, ihre Erfahrungen in politische Entscheidungsprozesse einzubeziehen.

AUS DEM WAHLKREIS

CDA-Sommertour:

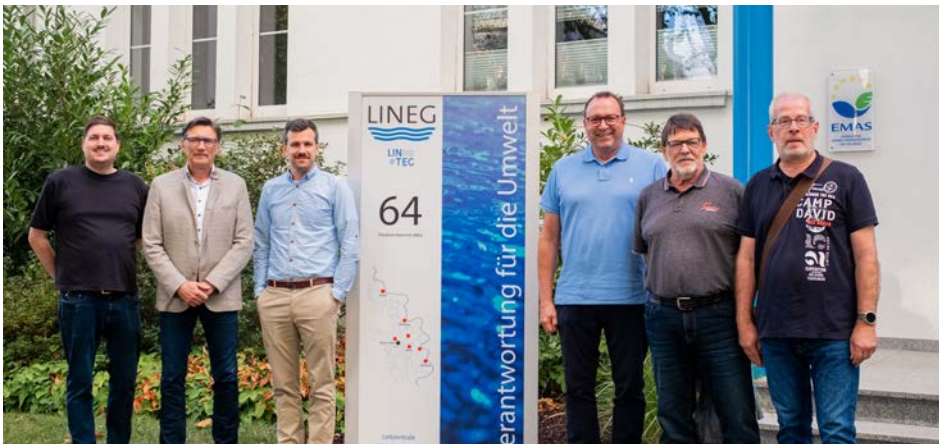
Einblicke in Wirtschaft, Infrastruktur und Umweltschutz

Drei Stationen, vielfältige Einblicke in unsere Region: Gemeinsam mit der CDA Kreis Wesel war ich im Rahmen ihrer Sommertour bei Thunderbike in Hamminkeln, an der Baustelle der Betuwe-Linie in Wesel und bei der LINEG in Kamp-Lintfort zu Gast.

Bei Thunderbike begegnen sich handwerkliches Können, moderne Fertigung und die Begeisterung für Motorräder. Das Unternehmen entwickelt und produziert in Hamminkeln eigene Motorradteile und zeigt damit beispielhaft, wie viel Kreativität und technische Kompetenz in unserer heimischen Wirtschaft stecken. Für mich sind solche Besuche eine wichtige Gelegenheit, die Betriebe und die Arbeit der Menschen dahinter näher kennenzulernen.

Die Besichtigung der Baustelle der Betuwe-Linie in Wesel lenkte den Blick auf die Verkehrsinfrastruktur unserer Region. Große Bauvorhaben sind für die Menschen vor Ort unmittelbar spürbar. Deshalb ist es mir wichtig, ihre Umsetzung aufmerksam zu begleiten und dabei auch die Perspektive der Anwohnerinnen und Anwohner im Blick zu behalten.

Eine weitere Station führte uns zur LINEG nach Kamp-Lintfort. Mit der Reinigung von Abwasser, der Regulierung von Oberflächen- und Grundwasser sowie der naturnahen Gestaltung von Wasserläufen übernimmt sie wichtige Aufgaben für den Niederrhein. Ihre Arbeit verdeutlicht, wie eng eine verlässliche Infrastruktur und der Schutz unserer Umwelt miteinander verbunden sind.



Die Sommertour hat einmal mehr gezeigt, wie vielfältig die Arbeitswelt im Kreis Wesel ist. Ob im Unternehmen, auf der Baustelle oder in der Wasserwirtschaft; es sind die Beschäftigten, die mit ihrem Wissen und ihrem Einsatz unsere Region voranbringen. Vielen Dank an die CDA Kreis Wesel für die Organisation und an unsere Gastgeber für die Einblicke.

AUS DEM WAHLKREIS

Austausch mit HMM Deutschland:

Digitalisierung im Gesundheitswesen

Wie können digitale Anwendungen die Versorgung verbessern und bürokratische Abläufe vereinfachen? Darüber habe ich mich mit der Geschäftsführung der HMM Deutschland GmbH aus Moers ausgetauscht. Das Unternehmen entwickelt digitale Lösungen für den Datenaustausch zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern. Von der elektronischen Verordnung über Antrags- und Genehmigungsverfahren bis hin zur Abrechnung können zahlreiche Schritte papierlos abgewickelt werden.

„Digitalisierung im Gesundheitswesen muss den Alltag erleichtern, Bürokratie abbauen und mehr Zeit für die Versorgung der Patientinnen und Patienten schaffen."

Sascha van Beek

Im Mittelpunkt stand die Digitalisierung der Hilfsmittelversorgung. Die Anwendungen des Unternehmens zeigen, welches Potenzial in durchgängigen digitalen Verfahren steckt: Informationen lassen sich schneller übermitteln, Bearbeitungswege verkürzen und Mitarbeitende von Verwaltungsaufgaben entlasten. Zugleich wurde deutlich, dass die Anbindung an die Telematikinfrastruktur, das digitale Vernetzungssystem des Gesundheitswesens, verlässlich vorankommen muss, damit bereits vorhandene Lösungen ihr Potenzial entfalten können.

Ein weiteres Thema war das Gesundheitsnetzwerk Niederrhein, in dem sich HMM Deutschland engagiert. Die Vernetzung von Unternehmen, Versorgungseinrichtungen und Politik bietet die Chance, Erfahrungen aus der Praxis zusammenzubringen und die Gesundheitsversorgung in unserer Region weiterzuentwickeln.

Für mich ist entscheidend, dass die Digitalisierung einen konkreten Nutzen für Patientinnen und Patienten sowie für die Beschäftigten im Gesundheitswesen schafft. Dafür brauchen wir praxistaugliche Lösungen und Rahmenbedingungen, die deren Einsatz erleichtern. Den Austausch mit Unternehmen und Einrichtungen vor Ort empfinde ich als wichtige Anregung für meine Arbeit im Gesundheitsausschuss.

WICHTIGES AUS DEM PLENUM

Neue Freiheiten für kluge Köpfe:

Mehr Freiheit für die Forschung und weniger Bürokratie bei der Personalgewinnung

Deutschland braucht starke Forschung, die neue Ideen entwickelt und Innovationen in die Praxis bringt. Gerade gemeinnützige Einrichtungen der angewandten und industrienahen Forschung leisten hierzu einen wichtigen Beitrag. Mit der Änderung des Wissenschaftsfreiheitsgesetzes verbessern wir ihre Möglichkeiten, qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen und zu halten.

Bislang begrenzt das sogenannte Besserstellungsverbot die Vergütung in vielen dieser Einrichtungen. Werden sie überwiegend aus öffentlichen Mitteln finanziert, dürfen sie ihre Beschäftigten grundsätzlich nicht besser bezahlen als vergleichbare Beschäftigte des Bundes. Während institutionell vom Bund geförderte Forschungseinrichtungen bereits über mehr Spielraum verfügen, mussten andere Einrichtungen aufwendige Ausnahmeverfahren durchlaufen. Das erschwerte die Personalgewinnung im Wettbewerb mit Unternehmen und internationalen Forschungseinrichtungen.

Mit weniger Bürokratie und mehr Freiheit bei der Vergütung schaffen wir bessere Bedingungen für Forschungseinrichtungen, um Fachkräfte zu gewinnen und Innovationen in Deutschland voranzubringen.

Künftig dürfen auch projektgeförderte gemeinnützige Forschungseinrichtungen ihren Wissenschaftlerinnen, Wissenschaftlern und wissenschaftsrelevanten Beschäftigten höhere Gehälter zahlen, soweit sie dafür keine öffentlichen Mittel einsetzen. Die bisherigen Anträge auf entsprechende Ausnahmen und die damit verbundenen zusätzlichen Prüfverfahren entfallen. Das schafft mehr Flexibilität und entlastet sowohl die Forschungseinrichtungen als auch die Verwaltung.

Als CDU/CSU haben wir bereits 2023 eine entsprechende Initiative in den Bundestag eingebracht. Mit der Neuregelung setzen wir diese Forderung und ein Versprechen aus unserem Wahlprogramm um. Zugleich ist sie ein erster gesetzgeberischer Schritt unserer im Koalitionsvertrag verankerten Offensive für mehr Innovationsfreiheit.

Für mich ist wichtig, dass die Forschung verlässliche Rahmenbedingungen erhält, um gute Köpfe gewinnen zu können. Mit weniger Bürokratie und mehr Spielraum bei der Vergütung stärken wir den deutschen Forschungsmittelstand und damit die Innovationskraft unseres Landes.

WICHTIGES AUS DEM PLENUM

Modernes Designrecht:

Kreative Ideen schützen, Reparaturen erleichtern

Ob Möbel, industrielle Produkte oder digitale Anwendungen: Hinter einer gelungenen Gestaltung stehen kreative Ideen, Zeit und Investitionen. Wer Neues entwickelt, muss sich wirksam gegen unberechtigte Nachahmungen wehren können. Mit dem Gesetz zur Modernisierung des Designrechts setzen wir eine EU-Richtlinie in deutsches Recht um und passen den Schutz von Produktgestaltungen an die digitale Entwicklung an.

Mit dem modernen Designrecht schützen wir kreative Ideen besser, stärken kleine und mittlere Unternehmen und erleichtern gleichzeitig bezahlbare Reparaturen.

Künftig werden digitale und animierte Gestaltungen ausdrücklich vom Designschutz erfasst. Auch gegen Nachahmungen mithilfe des 3D-Drucks können Rechteinhaber besser vorgehen, indem sich der Schutz auf die Erstellung und Verbreitung entsprechender Dateien erstreckt. Gleichzeitig werden die Verfahren beim Deutschen Patent- und Markenamt vereinfacht. Davon profitieren insbesondere selbstständige Entwerfer sowie kleine und mittlere Unternehmen.

Im parlamentarischen Verfahren haben wir als CDU/CSU eine wichtige Klarstellung erreicht: Wer eine eigene Gestaltung vor der Anmeldung veröffentlicht, kann sie innerhalb der zwölfmonatigen Schonfrist noch geringfügig überarbeiten, ohne dadurch den späteren Schutz zu gefährden. Voraussetzung ist, dass sich die veröffentlichte und die angemeldete Gestaltung in ihrem Gesamteindruck nicht unterscheiden. Damit tragen wir üblichen Entwicklungsabläufen Rechnung und schaffen mehr Rechtssicherheit.

Auch für Verbraucher bringt das Gesetz Vorteile. Die Reparaturklausel ermöglicht unter bestimmten Voraussetzungen den Einsatz von Ersatzteilen anderer Hersteller, die das ursprüngliche Erscheinungsbild eines Produkts wiederherstellen. Für ältere Designs greift diese Ausnahme künftig bereits ab Dezember 2032. Das stärkt den Wettbewerb auf dem Ersatzteilmarkt und kann bezahlbare Reparaturen erleichtern.

Für mich gehören der Schutz geistigen Eigentums und praktikable Regeln zusammen. Mit der Modernisierung stärken wir kreative Unternehmen und Selbstständige und verbessern zugleich die Möglichkeiten, Produkte zu reparieren und länger zu nutzen.

WICHTIGES AUS DEM PLENUM

Kriminellen Netzwerken die finanzielle Grundlage entziehen:

Organisierte Kriminalität bekämpfen – illegale Gewinne abschöpfen

Kriminalität darf sich nicht lohnen. Deshalb müssen wir kriminellen Netzwerken auch ihre finanziellen Grundlagen entziehen. Der Deutsche Bundestag hat dazu ein Gesetz beschlossen, mit dem die EU-Richtlinie über die Abschöpfung und Einziehung von Vermögenswerten in deutsches Recht umgesetzt wird. Damit verbessern wir die grenzüberschreitende Vermögensabschöpfung und stärken die Bekämpfung organisierter Kriminalität.

Im Mittelpunkt steht eine engere Zusammenarbeit der zuständigen Behörden in Europa. Informationen über Vermögenswerte sollen besser ausgetauscht und diese in grenzüberschreitenden Fällen vorläufig gesichert werden können. Das Bundeskriminalamt bleibt dabei die polizeiliche Vermögensabschöpfungsstelle; die justiziellen Aufgaben übernehmen die Staatsanwaltschaften der Länder. So stärken wir die Zusammenarbeit von Polizei und Justiz, um Gewinne aus Straftaten wirksamer aufzuspüren und einzuziehen.

Für mich ist klar, dass ein starker Rechtsstaat konsequent gegen organisierte Kriminalität vorgehen und zugleich rechtsstaatliche Grenzen wahren muss. Die neuen Regelungen sind dafür ein sinnvoller Schritt. Wer mit Straftaten Geld verdient, darf nicht darauf vertrauen, sein Vermögen durch die Verlagerung über Landesgrenzen hinweg dem Zugriff der Behörden entziehen zu können.

IMPRESSUM

Sascha van Beek MdB

V.i.S.d.P.

Bundestagsbüro:
Sascha van Beek
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Wahlkreisbüro:
Sascha van Beek
Korbmacherstraße 15
46483 Wesel

Kontakt

Bundestagsbüro: 030 - 227 - 70947
Wahlkreisbüro: 0281 - 47579570

sascha.vanbeek@bundestag.de
Sascha van Beek
@saschavanbeek
Whatsapp-Kanal: Sascha van Beek

SOMMERTOUR IM WAHLKREIS

Tourismus am Niederrhein stärken

Der Niederrhein bietet beste Voraussetzungen für erlebnisreiche Ausflüge und einen erholsamen Urlaub: abwechslungsreiche Natur, spannende Geschichte, regionale Küche und engagierte Gastgeberinnen und Gastgeber. Bei meiner Sommertour vom 20. bis 23. Juli habe ich diese Vielfalt in den Mittelpunkt gestellt. Dabei ging es auch darum, welche Rahmenbedingungen unsere Betriebe und Einrichtungen brauchen, um ihre Angebote weiterzuentwickeln.

Auftakt in Wesel – Freizeit, Radfahren und eine lebendige Innenstadt

Die Tour begann im RheinBad Wesel. Gemeinsam mit Stadtwerke-Geschäftsführer Rainer Hegmann stand die Bedeutung des Schwimm- und Freibads für Familien, Urlaubsgäste und die Menschen vor Ort im Mittelpunkt. Solche Freizeitangebote tragen zur Lebensqualität bei und machen unsere Region als Reiseziel attraktiv.

Im Welcome Hotel ging es anschließend mit Hoteldirektorin Stefanie Hartenstern um Wesel als Übernachtungsort und Ausgangspunkt für Ausflüge. Wie lassen sich Hotelaufenthalte besser mit Radfahren, Naturerlebnissen und Kultur verbinden? Und was brauchen die Betriebe, um Gäste für einen längeren Aufenthalt am Niederrhein zu gewinnen?

Mit den NiederrheinRädern führte die Tour weiter zum Auesee. Der See, der Minigolfplatz sowie die Trendsportanlage zeigen, wie vielfältig das Freizeitangebot direkt vor unserer Haustür ist. Gut erreichbare und miteinander verknüpfte Angebote bieten Chancen für den Aktiv- und Familientourismus.

Beim anschließenden Weg in die Innenstadt rückten unter anderem die Festwiese am Rhein, der Umbau des ehemaligen Rheinstübchens, die Stadtinformation und die historische Rathausfassade in den Blick. Im Austausch mit Frau Day, Sprecherin von gemeinsam.wesel, ging es um die Verbindung von Tourismus und Einzelhandel. Attraktive Geschäfte, Gastronomie und Veranstaltungen laden Gäste zum Verweilen ein und stärken zugleich die Innenstadt. Den Abschluss bildete ein Besuch in der Freddo Espresso Bar.

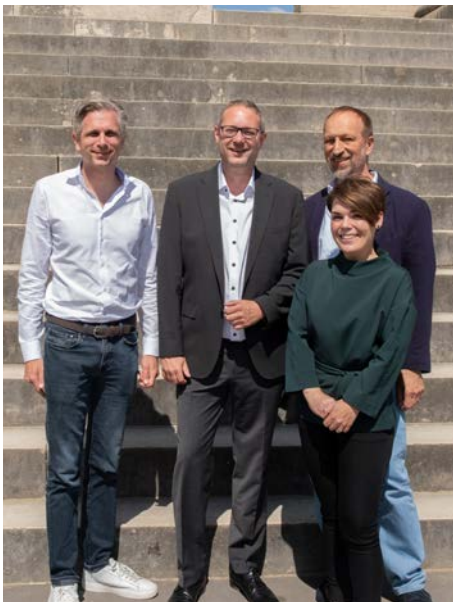
SOMMERTOUR IM WAHLKREIS

Römische Geschichte erleben im Archäologischen Park Xanten

Am zweiten Tag stand der LVR-Archäologische Park Xanten auf dem Programm. Der APX verbindet Forschung, Bildung und touristische Erlebnisse und ist damit ein wichtiger Anziehungspunkt für den gesamten Niederrhein.

Ein Schwerpunkt war die geplante Ausstellungshalle an der Xantener Südsee. Sie soll die Nachbauten römischer Rheinschiffe dauerhaft präsentieren und das UNESCO-Welterbe Niedergermanischer Limes anschaulich vermitteln. Das Projekt bietet die Chance, die Bedeutung des Rheins für Handel und Verkehr bereits in römischer Zeit noch stärker erlebbar zu machen.

Die Rundfahrt durch den Park führte zu ausgewählten Besucherangeboten, zur Lehrgrabung der Internationalen Archäologischen Sommerakademie und zu den nachgebauten römischen Schiffen. Auch die inklusive Holzwerkstatt beziehungsweise Werft gehörte zum Programm. Hier wird deutlich, wie historische Vermittlung, handwerkliche Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe zusammenwirken können.



Gastfreundschaft und Unternehmergeist in Xanten

Gemeinsam mit Thomas Kolaric, Geschäftsführer des DEHOGA Nordrhein, und Jan-Bernd Ridder führte die Tour am Mittwoch zu zwei familiengeführten Xantener Hotels.

Im Hotel Neumaier ging es mit Geschäftsführer Michael Neumaier um das Zusammenspiel von Übernachtung, Gastronomie und regionalen Erlebnissen. Mit seinem Wirtshaus, dem Biergarten und Angeboten für Radfahrende, Wandernde und Kulturreisende zeigt der Betrieb, wie sich unterschiedliche Stärken zu einem attraktiven Aufenthalt verbinden lassen. Regionale und saisonale Produkte schaffen dabei auch Wertschöpfung für die heimischen Erzeuger.

Im traditionsreichen Hotel van Bebber stand mit Geschäftsleiter Bledar Gashi die Verbindung von historischem Gebäude und modernem Hotelbetrieb im Mittelpunkt. Das Haus zeigt, wie Investitionen zum Erhalt eines Denkmals beitragen und zugleich neue touristische Möglichkeiten eröffnen können. Ne-

SOMMERTOUR IM WAHLKREIS

ben Urlaubsgästen spielen auch Tagungen, Hochzeiten und andere Veranstaltungen eine wichtige Rolle.

Bei beiden Besuchen gehörten Fachkräftegewinnung, Personalbindung, Bürokratie und wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu den zentralen Themen. Wer den Tourismus stärken will, muss auch die Menschen und Unternehmen unterstützen, die täglich für gute Gastfreundschaft sorgen.

Regionaler Genuss und nachhaltige Landwirtschaft in Drevenack

Zum Abschluss ging es auf den Schulte-Drevenacks-Hof nach Hünxe. Der Familienbetrieb verbindet Landwirtschaft und Direktvermarktung mit Freizeitangeboten und Veranstaltungen. Hofladen, Selbstpflückangebote und saisonale Märkte machen regionale Erzeugnisse unmittelbar erlebbar und schaffen Anlässe für einen Ausflug.

Im espräch mit Dirk Buchmann und seiner Familie standen auch nachhaltige Betriebsabläufe im Mittelpunkt. Photovoltaikanlagen und ein elektrisch betriebener Transporter zeigen, wie der Hof erneuerbare Energien und moderne Technik nutzt. Zugleich ging es um die Wirtschaftlichkeit solcher Investitionen und die Herausforderungen im landwirtschaftlichen Alltag. Der Besuch verdeutlichte, welches Potenzial in der Verbindung von regionalem Genuss, Naturerlebnis und Tourismus liegt.

Tourismus stärkt unsere Region

Die Sommertour hat gezeigt, wie vielfältig der Tourismus am Niederrhein ist und wie viel Engagement hinter den Angeboten steckt. Davon profitieren Hotellerie, Gastronomie, Einzelhandel, Kultur und regionale Landwirtschaft. Zugleich schaffen attraktive Freizeitangebote Lebensqualität für die Menschen, die hier zu Hause sind.

Um dieses Potenzial weiter zu entfalten, brauchen wir eine stärkere Vernetzung der Angebote, eine gemeinsame Vermarktung und gute Rahmenbedingungen für die Betriebe. Die Anregungen aus den Gesprächen nehme ich mit in meine politische Arbeit. Mein herzlicher Dank gilt allen Beteiligten, die mit ihren Ideen und ihrem Einsatz dazu beitragen, unseren Niederrhein als lebenswerte Heimat und attraktives Reiseziel zu stärken.